

Potenzielle Käufer von Optionsscheinen, die Gegenstand dieser Endgültigen Bedingungen sind, sollten sich bewusst sein, dass die Zahlung sowie die Höhe des Auszahlungsbetrages von der Wertentwicklung des Basiswertes abhängen. Es besteht das Risiko eines Totalverlustes, falls der Kurs des Basiswertes den relevanten Basispreis erreicht bzw. unterschreitet (Typ „Call“) oder erreicht bzw. überschreitet (Typ „Put“). Zudem ist zu beachten, dass diese Optionsscheine nur für Anleger geeignet sind, die die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Auszahlungsprofile nebst den mathematischen Formeln inhaltlich in Gänze verstehen.

Endgültige Bedingungen

DZ BANK Open End Turbo Optionsscheine auf Aktien

5.000.000 Stück DZ BANK Open End Turbo Optionsscheine auf Aktien

ISIN: DE000DZ1XLF1 bis DE000DZ1XNB6

Valuta: 21. Juli 2010

jeweils auf die Zahlung eines Auszahlungsbetrages gerichtet

der

DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

Darstellung der Endgültigen Bedingungen

Gegenstand der Endgültigen Bedingungen Nr. 304 vom 19. Juli 2010 zum Basisprospekt vom 24. Februar 2010 sind DZ BANK Open End Turbo Optionsscheine auf Aktien, begeben von der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main („**Optionsscheine**“, in der Gesamtheit die „**Emission**“). Die Endgültigen Bedingungen zum Basisprospekt werden gemäß Art. 26 Abs. 5 Unterabsatz 1 Alt. 2 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 durch Einbeziehung der Endgültigen Bedingungen in den Basisprospekt präsentiert, d.h. es werden alle Teile wiedergegeben, in denen sich aufgrund der Endgültigen Bedingungen Änderungen ergeben. Dabei werden vorhandene Leerstellen ausgefüllt. Alternative oder wählbare (in dem Basisprospekt mit eckigen Klammern gekennzeichnete) Ausführungen oder Bestimmungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausdrücklich genannt sind, gelten als aus dem Basisprospekt gestrichen.

Die Endgültigen Bedingungen finden auf jede ISIN separat Anwendung und gelten für alle auf dem Deckblatt angegebenen ISIN.

Die Endgültigen Bedingungen haben die folgenden Bestandteile:

I. Risikofaktoren	3
II. Produktbeschreibung	6
III. Optionsbedingungen	10

Die Emittentin bestätigt, dass sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte - keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden. Die Quellen der Informationen werden an der jeweiligen Stelle in den Endgültigen Bedingungen genannt, an der die Informationen verwendet werden. Es ist zu beachten, dass die vollständigen Angaben über die Emittentin und das Angebot sich nur aus dem Basisprospekt und den Endgültigen Bedingungen zusammen ergeben. Der Basisprospekt und die Endgültigen Bedingungen werden zur kostenlosen Ausgabe bei der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Platz der Republik, F/GTKR, D-60265 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland bereitgehalten und können zudem im Internet unter www.eniteo.de abgerufen werden.

I. Risikofaktoren

Potenzielle Käufer von Optionsscheinen, die unter dem entsprechenden Basisprospekt begeben werden und Gegenstand dieser Endgültigen Bedingungen sind, sollten die nachfolgend beschriebenen wesentlichen Risikofaktoren bei ihrer Investitionsentscheidung in Betracht ziehen. Die Investitionsentscheidung sollte nur auf der Grundlage des gesamten Basisprospekts und dieser Endgültigen Bedingungen getroffen werden und, wenn notwendig, ein Anlageberater konsultiert werden. Potenzielle Käufer sollten zusätzlich in Erwägung ziehen, dass die beschriebenen Risiken zusammenwirken und sich dadurch gegenseitig verstärken können.

Risikofaktoren in Bezug auf die Optionsscheine

Der Erwerb der Optionsscheine ist mit verschiedenen Risiken verbunden, wobei die wesentlichen Risiken nachstehend beschrieben werden. Ferner enthält die Reihenfolge der Risiken keine Aussage über das Ausmaß ihrer jeweils möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen im Falle ihrer Realisierung und die Realisierungswahrscheinlichkeit der aufgeführten Risiken. Definitionen für verwendete Begriffe sind in der Produktbeschreibung und in den Optionsbedingungen enthalten.

Risiko durch die Struktur der Optionsscheine

Die Struktur der DZ BANK Open End Turbo Optionsscheine auf Aktien besteht darin, dass die Höhe des Auszahlungsbetrages an die Wertentwicklung des Basiswertes gebunden ist. Die Höhe des Auszahlungsbetrages wird gemäß § 2 Absatz (2) der Optionsbedingungen ermittelt. Diese Ausgestaltung beinhaltet für den Anleger das Risiko, dass das eingesetzte Kapital nicht oder zumindest nicht in allen Fällen in voller Höhe zurückgezahlt wird. **Der Kapitalverlust kann ein erhebliches Ausmaß annehmen, so dass ein Totalverlust entstehen kann.** Ein Totalverlust würde eintreten, falls der Kurs des Basiswertes an dem relevanten Ausübungstag den entsprechenden Basispreis berührt bzw. unterschreitet (bei Call Optionsscheinen) oder berührt bzw. überschreitet (bei Put Optionsscheinen). Selbst wenn kein Kapitalverlust eintritt, besteht das Risiko, dass die Rendite einer Kapitalmarktanlage mit vergleichbarer Laufzeit (bezogen auf den entsprechenden Einlösungstermin) und marktüblicher Verzinsung nicht erreicht wird. Die Laufzeit der Optionsscheine ist grundsätzlich unbefristet. Die Emittentin ist jedoch berechtigt, die Optionsscheine nach einer bestimmten Mindestlaufzeit und danach zu bestimmten Terminen ordentlich zu kündigen. In diesem Fall kann nicht darauf vertraut werden, dass sich der Kurs der Optionsscheine rechtzeitig bis zum Zeitpunkt des ordentlichen Kündigungstermins gemäß den Erwartungen des Anlegers entwickelt hat.

Darüber hinaus kann es innerhalb der Laufzeit der Optionsscheine aufgrund eines Knock-out-Ereignisses ohne weiteres Tätigwerden des Optionsscheininhabers zu einer vorzeitigen Fälligkeit kommen. Dies ist dann der Fall, wenn ein Beobachtungspreis die relevante Knock-out-Barriere erreicht bzw. unterschreitet (bei Call Optionsscheinen) oder erreicht bzw. überschreitet (bei Put Optionsscheinen) (siehe dazu auch „Risiko durch vorzeitige Fälligkeit aufgrund des Knock-out-Ereignisses“). In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass sich der Basispreis der Optionsscheine täglich verändern kann, wobei er in der Regel bei Call Optionsscheinen erhöht und bei Put Optionsscheinen vermindert wird. Tritt ein solches Knock-out-Ereignis ein, beträgt der Auszahlungsbetrag Null und es tritt **ein Totalverlust ein**. Weiterhin ist zu beachten, dass die Emittentin täglich unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktbegebenheiten (insbesondere unter Berücksichtigung der Volatilität) die Knock-out-Barriere nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) festlegt. Ferner besteht aufgrund des Knock-out-Ereignisses für den Anleger ebenfalls ein Risiko bezüglich der Dauer seines Investments. Zudem partizipiert der Anleger grundsätzlich nicht an normalen Ausschüttungen (z.B. Dividenden) aus dem Basiswert. Es gibt keine Garantie, dass sich der Basiswert entsprechend der Erwartungen des Anlegers entwickeln wird. Daher eignen sich die Optionsscheine nur für Anleger, die die betreffenden Risiken einschätzen und entsprechende Verluste tragen können.

Risiko aufgrund der kontinuierlichen Veränderung des Basispreises sowie der Knock-out-Barriere

Bei den Optionsscheinen erfolgt eine kontinuierliche Erhöhung (im Fall von Call Optionsscheinen) bzw. Verminderung (im Fall von Put Optionsscheinen) des Basispreises innerhalb der Laufzeit. Der Basispreis verändert sich entsprechend dem in den Optionsbedingungen angegebenen Anpassungsbetrag für den entsprechenden Anpassungszeitraum (§ 2). Verändert sich der Kurs des Basiswertes nicht ebenfalls um mindestens den Anpassungsbetrag, kommt es zu einer Wertverminderung der Optionsscheine mit jedem Tag der Laufzeit. Dies kann zum Eintritt eines Knock-out-Ereignisses führen (siehe vorangegangenen Risikopunkt). Des Weiteren erfolgt ebenfalls täglich an den in den

Anpassungszeitraum fallenden Anpassungstagen eine Anpassung der Knock-out-Barriere durch die Emittentin unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktgegebenheiten (§ 2).

Risiko von Kursschwankungen oder Marktpreisrisiken infolge der basiswertabhängigen Struktur

Der Anleger hat grundsätzlich die Möglichkeit, die Optionsscheine während der Laufzeit über die Börse zu veräußern. Hierbei ist zu beachten, dass eine bestimmte Kursentwicklung nicht garantiert wird. Die Kursentwicklung für einen Optionsschein in der Vergangenheit stellt keine Garantie für eine zukünftige Kursentwicklung dar. Das Kursrisiko kann sich bei einer Veräußerung vor Einlösung bzw. Kündigung realisieren. Die Kursentwicklung der Optionsscheine ist während der Laufzeit in erster Linie vom Kurs des zugrunde liegenden Basiswertes abhängig. Weiterhin kann die Kursentwicklung der Optionsscheine abhängig sein von dem Zins- und Kursniveau an den Kapitalmärkten, Währungsentwicklungen, politischen Gegebenheiten und unternehmensspezifischen Faktoren betreffend die Emittentin. Bei einer Veräußerung der Optionsscheine vor dem Einlösungs- bzw. Kündigungstermin kann der erzielte Verkaufspreis unterhalb des Erwerbspreises liegen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Bei den Optionsscheinen handelt es sich um neu begebene Wertpapiere. Ab Beginn des öffentlichen Angebotes beabsichtigt die Emittentin, börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Optionsscheine anzukaufen. Die Emittentin übernimmt jedoch keine Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Auch wenn die Optionsscheine zeitnah zum Beginn des öffentlichen Angebotes in einen regulierten oder nicht regulierten Markt (z.B. Freiverkehr) notiert bzw. einbezogen werden sollen, gibt es keine Gewissheit dahingehend, dass sich ein aktiver öffentlicher Markt für die Optionsscheine entwickeln wird oder dass die Notierung bzw. Einbeziehung aufrechterhalten wird. Je weiter der Kurs des Basiswertes sinkt (Typ Call) bzw. steigt (Typ Put) und somit ggf. der Kurs des Optionsscheines sinkt und/oder andere negative Faktoren zum Tragen kommen, desto stärker kann mangels Nachfrage die Handelbarkeit der Optionsscheine eingeschränkt sein. Die Emittentin ist nicht dazu verpflichtet, einen liquiden Markt aufrechtzuerhalten. Im Falle besonderer Marktsituationen, in denen Sicherungsgeschäfte durch die Emittentin nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich sind, kann es zeitweise zu Ausweitungen der Spanne zwischen den von der Emittentin gestellten Kauf- und Verkaufskursen kommen, um die wirtschaftlichen Risiken der Emittentin einzugrenzen.

Liquiditätsrisiko in Zusammenhang mit dem Platzierungsvolumen

Die Liquidität der Optionsscheine hängt von dem tatsächlich verkauften Emissionsvolumen ab. Sollte das platzierte Volumen gering ausfallen, kann dies nachteilige Auswirkungen auf die Liquidität der Optionsscheine haben.

Risiko eines Interessenkonfliktes

Die Emittentin ist berechtigt, sowohl für eigene als auch für fremde Rechnung Geschäfte in dem Basiswert zu tätigen. Das Gleiche gilt für Geschäfte in Derivaten auf den Basiswert. Weiterhin kann sie als Market Maker für die Optionsscheine auftreten. Im Zusammenhang mit solchen Geschäften kann die Emittentin Zahlungen erhalten bzw. leisten. Außerdem kann die Emittentin Bank- und andere Dienstleistungen solchen Personen gegenüber erbringen, die entsprechende Wertpapiere emittiert haben oder betreuen. Solche Aktivitäten der Emittentin können sich auf den Kurs eines Optionsscheines negativ auswirken.

Risiko durch vorzeitige Fälligkeit aufgrund des Knock-out-Ereignisses

Bei den Optionsscheinen kann es innerhalb der Laufzeit der Optionsscheine ohne weiteres Tätigwerden des Optionsscheininhabers zu einer vorzeitigen Fälligkeit kommen und zwar durch den Eintritt eines Knock-out-Ereignisses. Dies ist dann der Fall, wenn ein Beobachtungspreis die relevante Knock-out-Barriere erreicht bzw. unterschreitet (Typ Call) oder erreicht bzw. überschreitet (Typ Put). Tritt ein solches Knock-out-Ereignis ein, verfällt der Optionsschein wertlos. **In diesem Fall besteht für den Anleger ein Totalverlustrisiko.**

Risiko der ordentlichen Kündigung durch die Emittentin

Bei den Optionsscheinen ist die Laufzeit grundsätzlich unbefristet. Die Emittentin ist jedoch berechtigt, die Optionsscheine nach einer bestimmten Mindestlaufzeit und danach zu bestimmten ordentlichen Kündigungsterminen ordentlich zu kündigen (§ 2). In diesem Fall kann nicht darauf vertraut werden, dass sich der Kurs der Optionsscheine rechtzeitig bis zum Zeitpunkt des ordentlichen Kündigungstermins gemäß den Erwartungen des Anlegers entwickeln wird. Daher eignen sich die Optionsscheine nur für Anleger, die die betreffenden Risiken einschätzen und entsprechende Verluste tragen können. Es besteht damit ein Risiko für den Anleger bezüglich der Dauer seines Investments.

Transaktionskosten

Mindestprovisionen oder feste Provisionen pro Transaktion (Kauf und Verkauf) können kombiniert mit einem niedrigen Auftragswert zu Kostenbelastungen führen, die wiederum die Gewinnschwelle erheblich erhöhen. **Hierbei gilt: Je höher die Kosten sind, desto später wird die Gewinnschwelle beim Eintreten der erwarteten Kursentwicklung erreicht, da die Kosten abgedeckt sein müssen, bevor sich ein Gewinn einstellen kann.** Tritt die erwartete Kursentwicklung nicht ein, erhöhen die Nebenkosten einen möglichen entstehenden Verlust bzw. vermindern einen eventuellen Ertrag.

Zusätzliches Verlustpotential bei Kreditaufnahme

Das Verlustrisiko des Anlegers steigt, wenn er für den Erwerb der Optionsscheine einen Kredit aufnimmt. Finanziert der Anleger den Erwerb der Optionsscheine mit Kredit, so hat der Anleger beim Nichteintritt seiner Erwartungen nicht nur den eingetretenen Verlust hinzunehmen, sondern auch den Kredit zu verzinsen und zurückzuzahlen. Dadurch erhöht sich das Verlustrisiko des Anlegers erheblich. Der Anleger kann nie darauf vertrauen, den Kredit aus den Gewinnen eines Optionsscheingeschäftes verzinsen und zurückzahlen zu können. Vielmehr muss der Anleger vor Erwerb der Optionsscheine und Aufnahme des Kredits seine wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin prüfen, ob er zur Verzinsung und gegebenenfalls kurzfristigen Tilgung des Kredits auch dann über ausreichende Mittel verfügt, wenn Verluste eintreten.

Einfluss von Absicherungsmöglichkeiten der Emittentin

Die Emittentin betreibt im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit Handel in dem Basiswert. Darüber hinaus sichert sich die Emittentin gegen die mit den Optionsscheinen verbundenen finanziellen Risiken durch so genannte Hedge-Geschäfte (Absicherungsgeschäfte) in den betreffenden Wertpapieren bzw. in entsprechenden Derivaten ab. Diese Aktivitäten der Emittentin können Einfluss auf den Kurs des Basiswertes haben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Eingehung oder Auflösung dieser Hedge-Geschäfte einen nachteiligen Einfluss auf den Kurs der Optionsscheine hat.

Einfluss von risikoausschließenden oder risikoeinschränkenden Geschäften des Anlegers

Der potentielle Käufer der Optionsscheine kann nicht darauf vertrauen, während der Laufzeit der Optionsscheine jederzeit Geschäfte abschließen zu können, durch deren Abschluss er in der Lage ist, seine Risiken im Zusammenhang mit den von ihm gehaltenen Optionsscheinen auszuschließen. Ob dies jederzeit möglich ist, hängt von den Marktverhältnissen und von den dem jeweiligen Geschäft zugrunde liegenden Bedingungen ab. Unter Umständen können solche Geschäfte überhaupt nicht oder nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass für sie ein entsprechender Verlust entstehen kann.

II. Produktbeschreibung

Die Produktbeschreibung beinhaltet eine Beschreibung der Ausgestaltung der Optionsscheine („**Optionsscheine**“), die in den Optionsbedingungen juristisch verbindlich geregelt ist.

1. Gegenstand

Bei den Optionsscheinen handelt es sich um Wertpapiere, deren Auszahlungsbetrag von der Wertentwicklung einer Aktie („**Basiswert**“) (siehe Tabelle auf den Seiten 10 bis 13), abhängt. Die Optionsscheine haben keine Kapitalgarantie.

2. Wichtige Angaben

Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind

Unbeschadet der nachstehenden Ausführungen können die Emittentin und/oder ihre Geschäftsführungsmitglieder oder die mit der Emission der Optionsscheine befassten Angestellten durch anderweitige Investitionen oder Tätigkeiten jederzeit in einen Interessenkonflikt in Bezug auf die Optionsscheine bzw. die Emittentin geraten. Bei Eintritt eines solchen Interessenkonflikts werden die betroffenen Personen sich im Rahmen ihrer arbeitsvertraglichen Sorgfaltspflichten bemühen, ihren jeweiligen Verpflichtungen nachzukommen und widerstreitende Interessen zu einem angemessenen Ausgleich zu bringen.

Im Hinblick auf die Emission der Optionsscheine bestehen gegenwärtig keine Interessenkonflikte bei der Emittentin oder ihren Geschäftsführungsmitgliedern oder mit der Emission der Optionsscheine befassten Angestellten, insbesondere kann die Wertentwicklung des Basiswertes nicht wesentlich durch die Emittentin beeinflusst werden.

3. Angaben über die anzubietenden bzw. zum Handel zuzulassenden Wertpapiere

Typ und Kategorie der Wertpapiere und weitere Klassifikationsmerkmale

Bei den unter dem Basisprospekt und diesen Endgültigen Bedingungen anzubietenden bzw. zum Handel zuzulassenden Optionsscheinen handelt es sich um Nichtdividendenwerte im Sinne des Art. 22 Abs. 6 Nr. 4 der EG-Verordnung Nr. 809/2004, die im Rahmen eines Angebotsprogramms nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 2 Nr. 5 WpPG begeben werden. Alle Rechte und Pflichten der Optionsscheine bestimmen sich nach deutschem Recht. Die Optionsscheine stellen Inhaberschuldverschreibungen im Sinne der §§ 793 ff. Bürgerliches Gesetzbuch dar. Der jeweilige ISIN-Code ist auf dem Deckblatt dieser Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Optionsscheine sind in einer Globalurkunde ohne Zinsschein verbrieft, die bei Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt ist. Die Lieferung effektiver Einzelkunden kann während der gesamten Laufzeit nicht verlangt werden. Die Optionsscheine sind als Miteigentumsanteile an der Globalurkunde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Regeln der Clearstream Banking AG übertragbar. Die Globalurkunde trägt entweder die eigenhändigen Unterschriften von zwei zeichnungsberechtigten Vertretern der Emittentin oder von den im Auftrag der Emittentin handelnden Vertretern des Verwahrers (§ 1). Die Optionsrechte können ab einer Mindestzahl von einem Optionsschein oder einem ganzzahligen Vielfachen davon gehandelt, übertragen und abgerechnet werden.

Status der Wertpapiere

Die Optionsscheine stellen unter sich gleichberechtigte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen gegenwärtigen oder künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, jedoch unbeschadet etwaiger aufgrund Gesetzes bevorzugter Verbindlichkeiten der Emittentin (§ 12).

Rechte in Zusammenhang mit den Wertpapieren

Etwaige Ansprüche auf Zahlung sind in den Optionsbedingungen geregelt.

Rechte und Pflichten in Zusammenhang mit den Optionsscheinen bestimmen sich nach den Optionsbedingungen. Dort finden sich unter anderem Regelungen bezüglich des Anspruchs auf Zahlung eines Auszahlungsbetrages (§ 2). Daneben sind in den Optionsbedingungen auch Rechte der Emittentin zu Anpassungsmaßnahmen bezüglich des Basiswertes (§ 6) sowie im Fall einer Marktstörung (§ 5) oder im Fall der Begebung weiterer Optionsscheine mit gleicher Ausstattung (§ 3) geregelt. Darüber hinaus hat seinerseits der Anleger das Recht, diese Optionsscheine gemäß § 2 Absatz (5) der Optionsbedingungen einzulösen, andererseits kann die Emittentin die Optionsscheine gemäß § 2 Absatz (6) der Optionsbedingungen ordentlich kündigen (Ordentliches Kündigungsrecht).

Struktur der Wertpapiere

Der Auszahlungsbetrag der Optionsscheine ist von der Wertentwicklung des Basiswertes abhängig. Die Höhe des Auszahlungsbetrages wird nach Maßgabe des § 2 Absatz (2) der Optionsbedingungen ermittelt. Ansprüche auf Zinszahlungen bestehen nicht. Zudem ist die Laufzeit der Optionsscheine grundsätzlich unbefristet. Der Anleger hat jedoch das Recht, die Optionsscheine zu bestimmten Terminen (unter Einhaltung der Voraussetzungen gemäß § 2 Absatz (5) der Optionsbedingungen) einzulösen und dadurch die Zahlung des Auszahlungsbetrages zu verlangen. Darüber hinaus ist die Emittentin berechtigt, die Optionsscheine nach einer bestimmten Mindestlaufzeit und danach zu bestimmten ordentlichen Kündigungsterminen ordentlich zu kündigen (§ 2 Absatz (6)). Nach Einlösung der Optionsscheine erfolgt die Auszahlung an dem in § 2 Absatz (4) der Optionsbedingungen festgelegten Fälligkeitstag.

Darüber hinaus kann es innerhalb der Laufzeit der Optionsscheine aufgrund eines Knock-out-Ereignisses ohne weiteres Tätigwerden des Optionsscheininhabers zu einer vorzeitigen Fälligkeit kommen. Dies ist dann der Fall, wenn ein Beobachtungspreis (§ 2 Absatz (4)) die relevante Knock-out-Barriere (§ 2 Absatz (4)) erreicht bzw. unterschreitet (bei Call Optionsscheinen) oder erreicht bzw. überschreitet (bei Put Optionsscheinen). Tritt ein solches Knock-out-Ereignis ein, beträgt der Auszahlungsbetrag Null. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass sich der Basispreis (§ 2 Absatz (4)) der Optionsscheine täglich verändern kann, wobei er in der Regel bei Call Optionsscheinen erhöht und bei Put Optionsscheinen vermindert wird. Darüber hinaus legt die Emittentin innerhalb des Anpassungszeitraumes (§ 2 Absatz (4)) täglich, unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktbegebenheiten (insbesondere unter Berücksichtigung der Volatilität), die Knock-out-Barriere nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) fest.

Bei den Optionsscheinen kann die Rendite zu Beginn der Laufzeit nicht bestimmt werden, da sie keine Kapitalgarantie haben.

Als Berechnungsstelle fungiert die Emittentin.

Ermächtigung

Die Optionsscheine werden aufgrund von Beschlüssen der Geschäftsleitung der Emittentin begeben, welche zeitnah zur konkreten Emission gefasst werden. Im Rahmen dieser Beschlüsse der Geschäftsleitung der Emittentin wurden auch die Gesamtsumme dieser Emission und der endgültige Angebotsbetrag an das Publikum festgelegt und in diesen Endgültigen Bedingungen bekannt gemacht.

Angaben über den zugrunde liegenden Basiswert

Referenz für die Berechnung des Auszahlungsbetrages

Als Referenz für die Berechnung des Auszahlungsbetrages dienen unter anderem der Basispreis bzw. der angepasste Basispreis, der Referenzpreis sowie das Bezugsverhältnis (§ 2).

Erläuterung zum Basiswert

Informationen zur vergangenen und künftigen Wertentwicklung des Basiswertes sind auf einer allgemein zugänglichen Internetseite veröffentlicht. Sie sind zurzeit unter www.onvista.de abrufbar.

Marktstörung

Für den Fall, dass bei den Optionsscheinen an einem Ausübungstag bzw. einem Barrierebeobachtungstag für den Basiswert eine Marktstörung vorliegt, richten sich die Folgen nach § 5 der Optionsbedingungen.

Anpassungs- und Kündigungsregelungen

Der Basiswert kann durch verschiedene Anpassungsereignisse beeinflusst werden, welche in § 6 der Optionsbedingungen aufgeführt sind. Dieser § 6 der Optionsbedingungen enthält zudem eine Regelung, die der Emittentin ein Kündigungsrecht einräumt, wenn eine sachgerechte Anpassung, wie in dem oben genannten Paragraf beschrieben, für die Emittentin nicht möglich ist.

4. Bedingungen für das Angebot

Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots sowie Kursfestsetzung

Die anfänglichen Verkaufspreise der Optionsscheine werden vor Beginn des öffentlichen Angebots (19. Juli 2010) und anschließend fortlaufend festgelegt. Der anfängliche Verkaufspreis für einen Optionsschein ist je ISIN in der Tabelle auf den Seiten 10 bis 13 angegeben. Das öffentliche Angebot endet mit Laufzeitende.

Die Preisfindung und die Ausgestaltung des Produktes basieren auf modernen finanzmathematischen Modellen. Der rein mathematische Wert kann einen für den Anleger nicht erkennbaren Aufschlag enthalten und den Kurs des Produktes während der Laufzeit mindern. Durch den Aufschlag werden insbesondere die Kosten der Strukturierung und des Monitorings im Zuge der Platzierung des Produktes abgedeckt.

Zur Valuta werden die Optionsscheine auf das Konto der das Anlegerdepot führenden Bank bei Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragen.

Platzierung und Emission

Die Optionsscheine werden ohne Zwischenschaltung weiterer Parteien unmittelbar von der Emittentin angeboten.

Als Zahlstelle fungiert die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Platz der Republik, 60265 Frankfurt am Main.

5. Zulassung zum Handel

Die Optionsscheine sollen voraussichtlich in zeitlichem Zusammenhang zum Beginn des öffentlichen Angebotes an den folgenden Börsen in den Handel einbezogen werden:

- Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse (Scoach Premium) und
- Freiverkehr an der Stuttgarter Wertpapierbörse (EUWAX).

6. Zusätzliche Hinweise

Beratung durch die Hausbank

Der Basisprospekt und die Endgültigen Bedingungen ersetzen nicht die vor der Kaufentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch die Hausbank. Der Anleger darf daher nicht darauf vertrauen, dass der Basisprospekt und die Endgültigen Bedingungen alle für ihn wesentlichen Umstände enthalten. Nur der Anlageberater oder Kundenbetreuer der jeweiligen Hausbank ist in der Lage, eine anlagegerechte, auf die Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Verhältnisse des Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung zu erbringen.

Hinweis für qualifizierte Anleger

Qualifizierte Anleger können bei der Investition in die Optionsscheine rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Restriktionen unterliegen. Insbesondere sollten sie sich eigenverantwortlich darüber informieren, ob die Optionsscheine einer von ihnen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zu bildenden besonderen Vermögensmasse zugeführt werden dürfen.

Beratung durch einen eigenen steuerlichen Berater

Dem Erwerber dieser Optionsscheine wird empfohlen, im Hinblick auf die individuellen steuerlichen Auswirkungen der Anlage den eigenen steuerlichen Berater zu konsultieren.

III. Optionsbedingungen

Basiswert/ Gesellschaft	ISIN des Basiswertes	Typ Call / Put	Knock-out- Barriere am Verkaufs- beginn	Basispreis am Verkaufs- beginn	Währung	Emissions- volumen in Stück	ISIN	Anpassungs- prozentsatz p.a. im 1. Anpassungs- zeitraum	Rundungs- faktor	Anfänglicher Verkaufs- preis in Euro	Bezugsver- hältnis	Maßgebliche Börse	Maßgebliche Terminbörse
Aareal Bank AG	DE0005408116	Call	14,00	14,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLF1	3,062	3	0,11	0,10	XETRA	EUREX
Aixtron AG	DE000A0WMPJ6	Call	19,00	19,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLG9	3,062	3	0,58	0,10	XETRA	EUREX
Aixtron AG	DE000A0WMPJ6	Call	20,00	20,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLH7	3,062	3	0,48	0,10	XETRA	EUREX
Aixtron AG	DE000A0WMPJ6	Call	21,00	21,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLJ3	3,062	3	0,38	0,10	XETRA	EUREX
Aixtron AG	DE000A0WMPJ6	Call	22,00	22,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLK1	3,062	3	0,28	0,10	XETRA	EUREX
Aixtron AG	DE000A0WMPJ6	Call	23,00	23,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLL9	3,062	3	0,18	0,10	XETRA	EUREX
Aixtron AG	DE000A0WMPJ6	Call	24,00	24,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLM7	3,062	3	0,08	0,10	XETRA	EUREX
Bilfinger Berger AG	DE0005909006	Call	35,00	35,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLN5	3,062	3	0,85	0,10	XETRA	EUREX
Bilfinger Berger AG	DE0005909006	Put	48,00	48,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLP0	-1,938	3	0,50	0,10	XETRA	EUREX
Continental AG	DE0005439004	Call	40,00	40,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLQ8	3,062	3	0,91	0,10	XETRA	EUREX
Continental AG	DE0005439004	Call	44,00	44,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLR6	3,062	3	0,51	0,10	XETRA	EUREX
Continental AG	DE0005439004	Call	45,00	45,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLS4	3,062	3	0,41	0,10	XETRA	EUREX
Continental AG	DE0005439004	Put	55,00	55,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLT2	-1,938	3	0,66	0,10	XETRA	EUREX
Continental AG	DE0005439004	Put	60,00	60,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLU0	-1,938	3	1,16	0,10	XETRA	EUREX
Demag Cranes AG	DE000DCAG010	Call	25,00	25,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLV8	3,062	3	0,19	0,10	XETRA	EUREX
Dialog Semiconductor PLC	GB0059822006	Call	9,00	9,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLW6	3,062	3	0,22	0,10	XETRA	EUREX
Dialog Semiconductor PLC	GB0059822006	Call	9,50	9,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLX4	3,062	3	0,17	0,10	XETRA	EUREX

Dialog Semiconductor PLC	GB0059822006	Call	10,00	10,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLY2	3,062	3	0,12	0,10	XETRA	EUREX
Dialog Semiconductor PLC	GB0059822006	Call	10,50	10,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XLZ9	3,062	3	0,07	0,10	XETRA	EUREX
Erste Group Bank AG	AT0000652011	Call	27,50	27,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL03	3,062	3	0,29	0,10	WIENER BOERSE	EUREX
Fuchs Petrolub AG	DE0005790430	Call	70,00	70,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL11	3,062	3	0,76	0,10	XETRA	EUREX
Gildemeister AG	DE0005878003	Call	9,00	9,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL29	3,062	3	0,15	0,10	XETRA	EUREX
Hannover Rückversicherung AG	DE0008402215	Call	35,00	35,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL37	3,062	3	0,19	0,10	XETRA	EUREX
Hannover Rückversicherung AG	DE0008402215	Put	50,00	50,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL45	-1,938	3	1,34	0,10	XETRA	EUREX
HochTief AG	DE0006070006	Call	42,00	42,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL52	3,062	3	0,69	0,10	XETRA	EUREX
HochTief AG	DE0006070006	Put	55,00	55,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL60	-1,938	3	0,65	0,10	XETRA	EUREX
Klöckner & CO	DE000KC01000	Call	14,50	14,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL78	3,062	3	0,11	0,10	XETRA	EUREX
LEONI AG	DE0005408884	Call	15,00	15,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL86	3,062	3	0,59	0,10	XETRA	EUREX
LEONI AG	DE0005408884	Call	18,00	18,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XL94	3,062	3	0,29	0,10	XETRA	EUREX
LEONI AG	DE0005408884	Put	30,00	30,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMA0	-1,938	3	0,95	0,10	XETRA	EUREX
Lanxess	DE0005470405	Call	35,00	35,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMB8	3,062	3	0,36	0,10	XETRA	EUREX
Lanxess	DE0005470405	Put	45,00	45,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMC6	-1,938	3	0,68	0,10	XETRA	EUREX
Lanxess	DE0005470405	Put	50,00	50,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMD4	-1,938	3	1,18	0,10	XETRA	EUREX
Porsche Automobil Holding SE	DE000PAH0038	Call	33,00	33,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XME2	3,062	3	0,46	0,10	XETRA	EUREX
Porsche Automobil Holding SE	DE000PAH0038	Call	35,00	35,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMF9	3,062	3	0,26	0,10	XETRA	EUREX
Q-Cells AG	DE0005558662	Call	5,00	5,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMG7	3,062	3	0,13	0,10	XETRA	EUREX
Q-Cells AG	DE0005558662	Call	5,50	5,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMH5	3,062	3	0,08	0,10	XETRA	EUREX

Q-Cells AG	DE0005558662	Put	6,50	6,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMJ1	-1,938	3	0,08	0,10	XETRA	EUREX
Roth & Rau AG	DE000A0JCZ51	Call	20,00	20,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMK9	3,062	3	0,56	0,10	XETRA	EUREX
Roth & Rau AG	DE000A0JCZ51	Call	22,50	22,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XML7	3,062	3	0,31	0,10	XETRA	EUREX
SKY Deutschland AG	DE000SKYD000	Put	1,40	1,40	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMM5	-1,938	4	0,16	1,00	XETRA	EUREX
SKY Deutschland AG	DE000SKYD000	Put	1,50	1,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMN3	-1,938	4	0,26	1,00	XETRA	EUREX
SMA Solar Technology AG	DE000A0DJ6J9	Call	80,00	80,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMP8	3,062	3	1,79	0,10	XETRA	EUREX
SMA Solar Technology AG	DE000A0DJ6J9	Call	85,00	85,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMQ6	3,062	3	1,29	0,10	XETRA	EUREX
SMA Solar Technology AG	DE000A0DJ6J9	Call	90,00	90,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMR4	3,062	3	0,79	0,10	XETRA	EUREX
Singulus Technologies AG	DE0007238909	Put	6,00	6,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMS2	-1,938	3	1,27	1,00	XETRA	EUREX
Software AG	DE0003304002	Call	85,00	85,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMT0	3,062	3	1,09	0,10	XETRA	EUREX
Software AG	DE0003304002	Call	90,00	90,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMU8	3,062	3	0,59	0,10	XETRA	EUREX
Software AG	DE0003304002	Put	110,00	110,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMV6	-1,938	3	1,51	0,10	XETRA	EUREX
Software AG	DE0003304002	Put	120,00	120,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMW4	-1,938	3	2,51	0,10	XETRA	EUREX
Solarworld AG	DE0005108401	Call	9,00	9,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMX2	3,062	3	0,23	0,10	XETRA	EUREX
Solarworld AG	DE0005108401	Call	10,00	10,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMY0	3,062	3	0,13	0,10	XETRA	EUREX
Solarworld AG	DE0005108401	Call	10,50	10,50	EUR	5.000.000	DE000DZ1XMZ7	3,062	3	0,08	0,10	XETRA	EUREX
Stada Arzneimittel AG	DE0007251803	Put	30,00	30,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM02	-1,938	3	0,31	0,10	XETRA	EUREX
TUI AG	DE000TUAG000	Call	7,30	7,30	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM10	3,062	4	0,10	0,10	XETRA	EUREX
Tognum AG	DE000A0N4P43	Call	15,00	15,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM28	3,062	3	0,11	0,10	XETRA	EUREX
Tognum AG	DE000A0N4P43	Put	22,00	22,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM36	-1,938	3	0,63	0,10	XETRA	EUREX
Voestalpine AG	AT0000937503	Call	21,00	21,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM44	3,062	3	0,23	0,10	WIENER BOERSE	EUREX

Volkswagen AG	DE0007664005	Call	68,00	68,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM51	3,062	4	0,55	0,10	XETRA	EUREX
Wacker Chemie AG	DE000WCH8881	Call	105,00	105,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM69	3,062	3	2,56	0,10	XETRA	EUREX
Wacker Chemie AG	DE000WCH8881	Call	115,00	115,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM77	3,062	3	1,56	0,10	XETRA	EUREX
Wacker Chemie AG	DE000WCH8881	Call	120,00	120,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM85	3,062	3	1,06	0,10	XETRA	EUREX
Wacker Chemie AG	DE000WCH8881	Call	125,00	125,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XM93	3,062	3	0,56	0,10	XETRA	EUREX
Wacker Chemie AG	DE000WCH8881	Put	145,00	145,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XNA8	-1,938	3	1,54	0,10	XETRA	EUREX
Wacker Chemie AG	DE000WCH8881	Put	160,00	160,00	EUR	5.000.000	DE000DZ1XNB6	-1,938	3	3,04	0,10	XETRA	EUREX

Die Optionsbedingungen gelten für jede auf den Seiten 10 bis 13 in der Tabelle („Tabelle“) aufgeführten ISIN und sind für jeden Optionsschein separat zu lesen. Die für die ISIN jeweils geltenden Angaben finden sich in einer Reihe mit der dazugehörigen ISIN wieder.

Die Bestimmungen dieser Optionsbedingungen („**Bedingungen**“) gelten als durch die Angaben in diesen Endgültigen Bedingungen zum Basisprospekt („**Endgültige Bedingungen**“) als vervollständigt, geändert, ergänzt oder ganz oder teilweise ersetzt; Leerstellen aus dem Basisprospekt gelten als durch die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben als ausgefüllt.

§ 1

Form, Basiswert, Übertragbarkeit, keine Verzinsung

- (1) Die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland („**DZ BANK**“ oder „**Emittentin**“) begibt auf den Basiswert (Absatz (2)) bezogene DZ BANK Open End Turbo Optionsscheine („**Optionsscheine**“, in der Gesamtheit eine „**Emission**“).
- (2) „**Basiswert**“ ist, vorbehaltlich § 6, die in der vorstehenden Tabelle genannte Aktie (auch „**Referenzaktie**“ genannt).
- (3) Die Optionsscheine sind in einem Global-Inhaber-Optionsschein („**Globalurkunde**“) verbrieft, der bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, hinterlegt ist; die Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, oder ihr Rechtsnachfolger werden nachstehend als „**Verwahrer**“ bezeichnet. Das Recht der Inhaber von Optionsscheinen („**Gläubiger**“) auf Lieferung von Einzelkunden ist während der gesamten Laufzeit ausgeschlossen. Den Gläubigern stehen Miteigentumsanteile an der Globalurkunde zu, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Regeln des Verwahrers und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland von Euroclear Bank S.A./N.V., Brüssel, und Clearstream Banking S.A., Luxemburg, übertragen werden können. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften von zwei zeichnungsberechtigten Vertretern der Emittentin oder von den im Auftrag der Emittentin handelnden Vertretern des Verwahrers.
- (4) Die Optionsrechte können ab einer Mindestzahl von einem Optionsschein oder einem ganzzahligen Vielfachen davon gehandelt, übertragen und abgerechnet werden.
- (5) Eine Verzinsung der Optionsscheine erfolgt nicht.

§ 2

Optionsrecht, Auszahlungsbetrag, Einlösungsrecht, Ordentliche Kündigung, Definitionen

- (1) Der Inhaber hat pro einem Optionsschein, vorbehaltlich einer Kündigung gemäß § 6 Absatz (8) und vorbehaltlich einer Ordentlichen Kündigung gemäß Absatz (6), das Recht („**Optionsrecht**“), nach Maßgabe dieser Bedingungen von der Emittentin den Auszahlungsbetrag gemäß Absatz (2) am Fälligkeitstag gemäß Absatz (4) zu verlangen. Dieses Recht kann nur zu einem Einlösungstermin (Absatz (4)) ausgeübt werden.
- (2) Der „**Auszahlungsbetrag**“ wird, vorbehaltlich Absatz (3), nach folgender Formel¹ berechnet:

$$AB = (RP - BP) * BV \quad (\text{Typ „Call“})$$

$$AB = (BP - RP) * BV \quad (\text{Typ „Put“})$$

dabei ist:

AB: der Auszahlungsbetrag je Optionsschein in Euro. Der Auszahlungsbetrag wird kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet

RP: der Referenzpreis (Absatz (4))

BP: der Basispreis (Absatz (4))

BV: das Bezugsverhältnis (Absatz (4))

¹ Der Auszahlungsbetrag wird bei einem Call Optionsschein wie folgt ermittelt: Zuerst wird der Basispreis vom Referenzpreis subtrahiert und anschließend mit dem Bezugsverhältnis multipliziert. Der Auszahlungsbetrag wird bei einem Put Optionsschein wie folgt ermittelt: Zuerst wird der Referenzpreis vom Basispreis subtrahiert und anschließend mit dem Bezugsverhältnis multipliziert.

- (3) Notiert der Beobachtungspreis (Absatz (4)) mindestens einmal kleiner bzw. gleich (Typ „**Call**“) oder größer bzw. gleich (Typ „**Put**“) der Knock-out-Barriere (Absatz (4)) („**Knock-out-Ereignis**“) gilt folgendes:

Der Auszahlungsbetrag beträgt Euro 0 und der Ausübungstag entspricht dem Bankarbeitstag (§ 4 Absatz (1)), an dem das Knock-out-Ereignis eingetreten ist.

Nach Eintritt eines Knock-out-Ereignisses hat der Gläubiger jedoch das Recht, innerhalb von sieben Kalendertagen („**Andienungsfrist**“) nach Maßgabe der Bestimmungen über die Einlösung gemäß Absatz (5) den Ankauf der von ihm gehaltenen Optionsscheine von der Emittentin zu verlangen („**Andienungsrecht**“). Wird das Andienungsrecht durch den Gläubiger wirksam ausgeübt, ist die Emittentin verpflichtet dem Gläubiger unverzüglich den Kaufpreis, der üblicherweise 1/10 Eurocent je Optionsschein beträgt, auf sein Bankkonto zu überweisen.

- (4) Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

„**Ausübungstag**“ ist, vorbehaltlich Absatz (3) und § 5 Absatz (4) sowie des nächsten Satzes dieses Absatzes, der fünfte Bankarbeitstag vor dem jeweiligen Einlösungstermin bzw. der Tag, an dem die Emittentin gemäß Absatz (6) ordentlich kündigt. Sofern der betreffende Tag kein Üblicher Handelstag ist, verschiebt sich der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Üblichen Handelstag.

Der „**Anpassungsbetrag**“ für den jeweiligen Anpassungszeitraum ist, der Basispreis an dem in den betreffenden Anpassungszeitraum fallenden Anpassungstag multipliziert mit dem in diesem Anpassungszeitraum anwendbaren Anpassungsprozentsatz. Der sich für jeden Kalendertag ergebende Basispreis wird kaufmännisch auf den in der vorstehenden Tabelle genannten Rundungsfaktor gerundet, wobei ein Betrag von 0,0005 bzw. 0,00005 aufgerundet wird und für die Berechnung des jeweils nachfolgenden Anpassungsbetrages und Basispreises der gerundete Basispreis des Vortages zugrunde gelegt wird. Für den ersten Anpassungszeitraum ist der Basispreis am Verkaufsbeginn für die vorstehenden Berechnungen maßgeblich.

Der in einem Anpassungszeitraum anwendbare „**Anpassungsprozentsatz**“ ergibt sich im ersten Schritt aus dem auf der Reuters Seite „EURIBOR1M“ (oder einer diese Seite ersetzenden Seite) veröffentlichten Monatszinssatz an dem in den relevanten Anpassungszeitraum fallenden Anpassungstag. Im zweiten Schritt wird dieser Zinssatz um den in dem relevanten Anpassungszeitraum geltenden Zinsbereinigungsfaktor erhöht (Typ „Call“) bzw. reduziert (Typ „Put“). Dieses Ergebnis wird im dritten Schritt durch 360 dividiert. Der Anpassungsprozentsatz p. a. im 1. Anpassungszeitraum entspricht dem in der Tabelle aufgeführten Prozentsatz.

Der „**Anpassungstag**“ ist der erste Kalendertag eines jeden Monats. Sollte dieser Tag kein Üblicher Handelstag sein, verschiebt sich der Anpassungstag auf den nächstfolgenden Üblichen Handelstag. Der erste Anpassungstag ist der 2. August 2010.

Der „**Anpassungszeitraum**“ ist der Zeitraum vom 19. Juli 2010 („**Verkaufsbeginn**“) bis zum ersten Anpassungstag (ausschließlich) und dann jeder folgende Zeitraum von einem Anpassungstag (einschließlich) bis zum jeweils nächst folgenden Anpassungstag (ausschließlich).

„**Barrierebeobachtungstage**“ sind, vorbehaltlich Absatz (3) und § 5 Absatz (3) sowie des nächsten Satzes dieses Absatzes, jeder Übliche Handelstag ab dem Verkaufsbeginn bis zum Ausübungstag (jeweils einschließlich). Sofern der betreffende Tag kein Üblicher Handelstag ist, verschiebt sich der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Üblichen Handelstag.

Der „**Basispreis am Verkaufsbeginn**“ ist der in der vorstehenden Tabelle angegebene Kurs. Der Basispreis verändert sich an jedem Kalendertag während eines Anpassungszeitraumes um den Anpassungsbetrag. Der „**Basispreis**“ am Anpassungstag eines jeden Anpassungszeitraumes errechnet sich, vorbehaltlich § 6, jeweils aus dem Basispreis des letzten Kalendertages des vorangegangenen Anpassungszeitraumes zuzüglich des im vorangegangenen Anpassungszeitraum anwendbaren Anpassungsbetrages.

„**Bezugsverhältnis**“ ist, vorbehaltlich § 6, der in der vorstehenden Tabelle angegebene Wert.

„**Einlösungstermin**“ ist, vorbehaltlich Absatz (3), jeder erste Bankarbeitstag der Monate März, Juni, September und Dezember eines jeden Jahres, erstmals im September 2010. Sollte der Einlösungstermin kein Bankarbeitstag sein, verschiebt sich der Einlösungstermin auf den nächstfolgenden Bankarbeitstag. „**Fälligkeitstag**“ ist der fünfte Bankarbeitstag nach dem Einlösungstermin.

Die „**Knock-out-Barriere am Verkaufsbeginn**“ entspricht, vorbehaltlich einer Anpassung, dem in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Kurs. Die „**Knock-out-Barriere**“ wird, vorbehaltlich § 6, für jeden weiteren Kalendertag angepasst, so dass die angepasste Knock-out-Barriere dem angepassten Basispreis entspricht.

Der „**Zinsbereinigungsfaktor**“ ist ein von der Emittentin unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktgegebenheiten für einen Anpassungszeitraum nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) festgelegter Prozentsatz.

„**Börsenhandelstag**“ ist jeder Übliche Handelstag, an dem die Maßgebliche Börse und die Maßgebliche Terminbörse zum Handel während ihrer jeweiligen üblichen Handelszeiten tatsächlich geöffnet sind. Dabei spielt keine Rolle, ob die Maßgebliche Börse und/oder die Maßgebliche Terminbörse früher als gewöhnlich (ohne Rücksicht auf einen nachbörslichen Handel oder einen Handel außerhalb der üblichen Handelszeiten) schließen. „**Üblicher Handelstag**“ ist jeder Tag, an dem die Maßgebliche Börse und die Maßgebliche Terminbörse üblicherweise zu ihren jeweiligen üblichen Handelszeiten geöffnet haben.

„**Maßgebliche Börse**“ ist, vorbehaltlich des letzten Satzes dieses Absatzes, die in der vorstehenden Tabelle genannte Börse, jeder Nachfolger dieser Börse bzw. dieses Handelssystems oder jede Ersatzbörse bzw. jedes Ersatz-Handelssystem, auf die bzw. auf das der Handel mit dem Basiswert vorübergehend verlagert worden ist (vorausgesetzt, an einer solchen Ersatzbörse bzw. an einem solchen Ersatz-Handelssystem ist die Liquidität bezüglich des Basiswertes nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle (§ 11) mit der Liquidität an der ursprünglichen Maßgeblichen Börse vergleichbar). „**Maßgebliche Terminbörse**“ ist, vorbehaltlich des letzten Satzes dieses Absatzes, die in der vorstehenden Tabelle genannte Terminbörse, jeder Nachfolger dieser Börse bzw. dieses Handelssystems oder jede Ersatzbörse bzw. jedes Ersatz-Handelssystem, auf die bzw. auf das der Handel mit Future- und Optionskontrakten bezogen auf den Basiswert vorübergehend verlagert worden ist (vorausgesetzt, an einer solchen Ersatzbörse bzw. an einem solchen Ersatz-Handelssystem ist die Liquidität bezüglich Future- und Optionskontrakten bezogen auf den Basiswert nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle mit der Liquidität an der ursprünglichen Maßgeblichen Terminbörse vergleichbar). Bis zum Bewertungstag (einschließlich) ist die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) berechtigt, die Maßgebliche Börse und/oder die Maßgebliche Terminbörse neu zu bestimmen. Die Berechnungsstelle wird dies nach § 9 veröffentlichen.

„**Referenzpreis**“ ist, vorbehaltlich §§ 5 und 6, der Schlusskurs des Basiswertes an der Maßgeblichen Börse am Ausübungstag.

„**Beobachtungspreis**“ ist, vorbehaltlich §§ 5 und 6, jeder Kurs des Basiswertes an der Maßgeblichen Börse an einem Barrierebeobachtungstag.

- (5) Der Gläubiger ist berechtigt, die Optionsscheine am jeweiligen Einlösungstermin zum Auszahlungsbetrag einzulösen („**Einlösungsrecht**“) bzw. nach Eintritt des Knock-out-Ereignisses die Andienung zum Kaufpreis zu verlangen (Andienungsrecht). Die Avisierung der Einlösung ist mindestens zehn Bankarbeitstage vor dem jeweiligen Einlösungstermin bzw. die Andienung innerhalb der Andienungsfrist bis 10:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main) möglich.

Die Einlösung erfolgt, indem der Gläubiger mindestens zehn Bankarbeitstage vor dem jeweiligen Einlösungstermin bzw. bei Andienung innerhalb der Andienungsfrist eine schriftliche Erklärung („**Einlösungserklärung**“ bzw. „**Andienungserklärung**“) an die Zahlstelle DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Niederlassung München, Türkenstraße 16, 80333 München, Telefax (089) 2134 – 2251 übermittelt, wobei zur Wahrung der Form auch die Einreichung per Telefax ausreicht. Die Einlösungs- bzw. Andienungserklärung ist bindend und unwiderruflich. Sie muss vom Gläubiger unterzeichnet sein und folgende Angaben enthalten:

- den Namen und die Anschrift des Gläubigers sowie die Angabe einer Telefonnummer und/oder einer Faxnummer,
- die Erklärung des Gläubigers, hiermit sein Optionsrecht bzw. Andienungsrecht auszuüben,
- die Angabe eines bei einem Kreditinstitut unterhaltenen Euro-Kontos, auf das der Auszahlungsbetrag bzw. der Kaufpreis überwiesen werden soll,
- die Anzahl der Optionsscheine, die eingelöst bzw. andient werden sollen, wobei mindestens ein Optionsschein oder ein ganzzahliges Vielfaches hiervon eingelöst bzw. andient werden kann und
- die ISIN und/oder die Wertpapierkennnummer des Optionsscheines, für den das Einlösungsrecht bzw. Andienungsrecht ausgeübt werden soll.

Des Weiteren müssen die Optionsscheine bei der Zahlstelle eingegangen sein und zwar entweder (i) durch eine unwiderrufliche Anweisung an die Zahlstelle die Optionsscheine aus dem ggf. bei der Zahlstelle unterhaltenen Depot zu entnehmen oder (ii) durch Übertragung der Optionsscheine auf das Konto der Zahlstelle bei Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main.

Die Optionsscheine gelten auch als geliefert, wenn Euroclear Systems und/oder Clearstream Banking S.A. die unwiderrufliche Übertragung der Optionsscheine auf das Konto der Zahlstelle bei der Clearstream Banking AG veranlasst haben und der Zahlstelle hierüber bei Einlösung bis zum zehnten Bankarbeitstag vor dem Einlösungstermin bzw. bei Andienung bis zum siebten Kalendertag nach dem Knock-out-Ereignis bis 10:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main) eine entsprechende Erklärung von Euroclear Systems oder Clearstream Banking S.A. per Telefax vorliegt.

Mit der frist- und formgerechten Ausübung des Einlösungsrechtes der Optionsscheine am Einlösungstermin und der Zahlung des Auszahlungsbetrages bzw. mit der Ausübung des Andienungsrechtes der Optionsscheine und der Zahlung des Kaufpreises erlöschen alle Rechte aus den eingelösten bzw. angedienten Optionsscheinen. Weicht die in der Einlösungs- bzw. Andienungserklärung genannte Zahl von Optionsscheinen, für die die Einlösung bzw. die Andienung beantragt wird, von der Zahl der an die Zahlstelle übertragenen Optionsscheinen ab, so gilt die Einlösungs- bzw. Andienungserklärung nur für die kleinere Anzahl von Optionsscheinen als eingereicht. Etwaige überschüssige Optionsscheine werden auf Kosten und Gefahr des Gläubigers an diesen zurück übertragen.

Sollte eine der unter diesem Absatz (5) genannten Voraussetzungen nicht erfüllt werden, ist die Einlösungs- bzw. Andienungserklärung nichtig. Hält die Emittentin die Einlösungs- bzw. Andienungserklärung für nichtig, zeigt sie dies dem Gläubiger umgehend an.

Die Auszahlung des Auszahlungsbetrages erfolgt am Fälligkeitstag.

- (6) Die Emittentin hat das Recht, die Optionsscheine insgesamt, jedoch nicht teilweise, am ersten Bankarbeitstag der Monate März, Juni, September und Dezember eines jeden Jahres, erstmals im September 2010 („**Ordentlicher Kündigungstermin**“) ordentlich zu kündigen („**Ordentliche Kündigung**“). Die Ordentliche Kündigung durch die Emittentin ist mindestens 30 Tage vor dem jeweiligen Ordentlichen Kündigungstermin gemäß § 9 zu veröffentlichen. Im Falle einer Ordentlichen Kündigung durch die Emittentin erfolgt die Auszahlung der Optionsscheine am Fälligkeitstag zum Auszahlungsbetrag.

Das Recht der Gläubiger, das Einlösungsrecht der Optionsscheine zu einem Einlösungstermin auszuüben, der vor dem Ordentlichen Kündigungstermin liegt, wird durch die Ordentliche Kündigung durch die Emittentin nicht berührt.

§ 3

Begebung weiterer Optionsscheine, Rückkauf

- (1) Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Optionsscheine mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Optionsscheinen zusammengefasst werden, eine einheitliche Emission mit ihnen bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „**Emission**“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Optionsscheine.
- (2) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Optionsscheine am Markt oder auf sonstige Weise zu erwerben, wieder zu verkaufen, zu halten, zu entwerten oder in anderer Weise zu verwerten.

§ 4

Zahlungen, Bankarbeitstag

- (1) Die Emittentin verpflichtet sich unwiderruflich, sämtliche gemäß diesen Bedingungen zahlbaren Beträge bei Fälligkeit in Euro zu zahlen. Soweit dieser Tag kein Bankarbeitstag ist, erfolgt die Zahlung am nächsten Bankarbeitstag. „**Bankarbeitstag**“ ist ein Tag, an dem TARGET2 (TARGET steht für Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System und ist das Echtzeit-Bruttozahlungssystem für den Euro) in Betrieb ist.
- (2) Sämtliche gemäß diesen Bedingungen zahlbaren Beträge sind von der Emittentin an den Verwahrer oder dessen Order zwecks Gutschrift auf

die Konten der jeweiligen Depotbanken zur Weiterleitung an die Gläubiger zu zahlen. Die Emittentin wird durch Leistung an den Verwahrer oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht gegenüber den Gläubigern befreit.

- (3) Alle Steuern, Gebühren oder anderen Abgaben, die im Zusammenhang mit der Zahlung der gemäß diesen Bedingungen geschuldeten Geldbeträge anfallen, sind von den Gläubigern zu zahlen. Die Emittentin bzw. die Berechnungsstelle ist berechtigt, von den gezahlten Geldbeträgen etwaige Steuern, Gebühren oder Abgaben einzubehalten, die von den Gläubigern gemäß vorstehendem Satz zu zahlen sind.

§ 5

Marktstörung, Unterbrochener Tag

- (1) Eine „**Marktstörung**“ ist insbesondere (i) eine Handelsstörung (Absatz (a)), (ii) eine Börsenstörung (Absatz (b)) und/oder (iii) eine Vorzeitige Schließung (Absatz (c)), welche in allen Fällen nach Auffassung der Berechnungsstelle wesentlich ist.
- (a) Eine „**Handelsstörung**“ ist die Aussetzung oder die Einschränkung des Handels durch die Maßgebliche Börse oder die Maßgebliche Terminbörse oder anderweitig (aufgrund von Preisbewegungen, die bestimmte von der Maßgeblichen Börse oder der Maßgeblichen Terminbörse vorgegebene Grenzen überschreiten oder aus einem anderen Grund) entweder
- (i) im Basiswert an der Maßgeblichen Börse oder
 - (ii) in Future- oder Optionskontrakten bezogen auf den Basiswert an der Maßgeblichen Terminbörse.
- (b) Eine „**Börsenstörung**“ ist jedes Ereignis (außer einer Vorzeitigen Schließung), das nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle die Fähigkeit der Marktteilnehmer aussetzt oder beeinträchtigt, generell (i) Transaktionen in oder den Marktwert des Basiswertes an der Maßgeblichen Börse zu realisieren oder (ii) Transaktionen in oder den Marktwert von Future- oder Optionskontrakten bezogen auf den Basiswert an der Maßgeblichen Terminbörse zu realisieren.
- (c) Eine „**Vorzeitige Schließung**“ ist die Schließung der Maßgeblichen Börse oder der Maßgeblichen Terminbörse an einem Börsenhandelstag vor der jeweiligen üblichen Börsenschlusszeit.
- (2) Ein „**Unterbrochener Tag**“ ist ein Üblicher Handelstag, an dem ein Störereignis vorliegt. Ein „**Störereignis**“ liegt vor, wenn die Maßgebliche Börse oder die Maßgebliche Terminbörse während ihrer üblichen Handelszeiten nicht öffnet oder wenn eine Marktstörung eingetreten ist.
- (3) Wenn nach Auffassung der Berechnungsstelle an einem gemäß § 2 Absatz (4) festgelegten Barrierebeobachtungstag zu irgendeinem Zeitpunkt ein Störereignis vorliegt, gilt Folgendes:
- (a) Dieser Tag ist ein Barrierebeobachtungstag. Für die Zeitpunkte der Feststellung des Beobachtungspreises an diesem Tag, für die ein Störereignis vorliegt, wird die Feststellung des Beobachtungspreises ausgesetzt.
 - (b) Darüber hinaus gilt bis einschließlich desjenigen nächsten Üblichen Handelstages, an dem zu keinem Zeitpunkt ein Störereignis vorliegt, innerhalb der nachfolgenden acht Üblichen Handelstage (einschließlich des achten nachfolgenden Üblichen Handelstages) jeder Übliche Handelstag als ein Barrierebeobachtungstag. Für die Zeitpunkte der Feststellung des Beobachtungspreises an den ersten sieben Tagen, für die ein Störereignis vorliegt, wird für die Feststellung des Beobachtungspreises ausgesetzt. Für die Zeitpunkte der Feststellung des Beobachtungspreises an dem achten Tag, für die ein Störereignis vorliegt, schätzt die Berechnungsstelle den Beobachtungspreis nach billigem Ermessen (§ 315 BGB).
- (4) Falls nach Auffassung der Berechnungsstelle an dem Ausübungstag ein Unterbrochener Tag vorliegt, so verschiebt sich der Ausübungstag auf den nächstfolgenden Üblichen Handelstag, der kein Unterbrochener Tag ist. Handelt es sich an den acht nachfolgenden Üblichen Handelstagen jeweils um einen Unterbrochenen Tag, so gilt dieser achte Tag ungeachtet der Tatsache des Vorliegens eines Unterbrochenen Tages als Ausübungstag und die Berechnungsstelle schätzt den Referenzpreis an diesem achten Üblichen Handelstag nach billigem Ermessen (§ 315 BGB).

§ 6

Anpassung, Kündigung

- (1)
- (a) Gibt die Gesellschaft der Referenzaktie einen Potenziellen Anpassungsgrund (Absatz (b)) bekannt, prüft die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 315 BGB), ob der Potenzielle Anpassungsgrund einen verwässernden oder werterhöhenden Einfluss auf den theoretischen Wert der Referenzaktie der Gesellschaft hat. Kommt die Berechnungsstelle zu dem Ergebnis, dass ein solcher Einfluss vorliegt, ist sie berechtigt, Anpassungen vorzunehmen, die ihr nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) angemessen erscheinen, um diesen Einfluss zu berücksichtigen. Hierbei ist die Berechnungsstelle berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die Vorgehensweise einer Börse, an der Optionen auf die Referenzaktie gehandelt werden, für die Anpassung als Richtlinie zu verwenden.
- (b) Folgende Umstände sind ein „**Potenzieller Anpassungsgrund**“:
- (i) eine Dividendenausschüttung der Referenzaktie, in diesem Fall nimmt die Emittentin eine Anpassung insbesondere des jeweiligen Basispreises und der Knock-out-Barriere nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) vor;
 - (ii) eine Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der Referenzaktie (soweit keine Verschmelzung vorliegt), eine Zuteilung von Referenzaktien oder eine Ausschüttung einer Dividende in Form von Referenzaktien an die Aktionäre mittels Bonus, Gratisaktien, aufgrund einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln oder ähnlichem;
 - (iii) eine Zuteilung oder Dividende an die Aktionäre der Gesellschaft der Referenzaktie in Form von (A) Referenzaktien oder (B) sonstigen Aktien oder Wertpapieren, die dem Berechtigten in gleichem Umfang oder anteilmäßig wie einem Aktionär ein Recht auf Zahlung einer Dividende und/oder des Liquidationserlöses gewähren oder (C) Aktien oder sonstigen Wertpapieren eines anderen Unternehmens, die von der Gesellschaft aufgrund einer Abspaltung, Ausgliederung oder einer ähnlichen Transaktion unmittelbar oder mittelbar erworben wurden oder gehalten werden oder (D) sonstigen Wertpapieren, Rechten, Optionsscheinen oder Vermögenswerten, für die jeweils eine unter dem (nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle festgestellten) aktuellen Marktpreis liegende Gegenleistung (Geld oder sonstiges) erbracht wird;
 - (iv) eine reguläre oder außerordentliche Dividende;
 - (v) eine Einzahlungsaufforderung für nicht voll einbezahlte Referenzaktien;
 - (vi) ein Rückkauf der Referenzaktien durch die Gesellschaft oder ihre Tochtergesellschaften, ungeachtet ob der Rückkauf aus Gewinn- oder Kapitalrücklagen erfolgt oder der Kaufpreis in bar, in Form von Wertpapieren oder auf sonstige Weise entrichtet wird;
 - (vii) der Eintritt eines Ereignisses bezüglich der Gesellschaft der Referenzaktie, der dazu führt, dass Aktionärsrechte ausgeschüttet oder von Aktien der Gesellschaft abgetrennt werden - aufgrund eines Aktionärsrechteplans (Shareholder Rights Plan) oder eines Arrangements gegen feindliche Übernahmen, der bzw. das für den Eintritt bestimmter Fälle die Ausschüttung von Vorzugsaktien, Optionsscheinen, Anleihen oder Aktienbezugsrechten **unterhalb** des (nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle festgestellten) Marktwertes vorsieht, wobei jede Anpassung, die aufgrund eines solchen Ereignisses durchgeführt wird, bei Rücknahme dieser Rechte wieder rückangepasst wird; oder
 - (viii) andere Fälle, die einen verwässernden oder werterhöhenden Einfluss auf den theoretischen Wert der Referenzaktie haben können.
- (2) Sollte(n) (i) bezüglich der Referenzaktie nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle die Liquidität an der Maßgeblichen Börse deutlich abnehmen, (ii) aus irgendeinem Grund (außer im Fall eines Zusammenschlusses, für den dann die Regelungen in Absatz (3) gelten) die Notierung oder der Handel der Referenzaktie an der Maßgeblichen Börse eingestellt werden oder die Einstellung von der Maßgeblichen Börse angekündigt werden, (iii) nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle bei der Gesellschaft der Referenzaktie der Insolvenzfall, die Auflösung, Liquidation oder ein ähnlicher Fall drohen, unmittelbar bevorstehen oder eingetreten sein oder ein Insolvenzantrag gestellt worden sein oder (iv) alle Referenzaktien oder alle wesentlichen Vermögenswerte der Gesellschaft

verstaatlicht oder enteignet werden oder in sonstiger Weise auf eine Regierungsstelle, Behörde oder sonstige staatliche Stelle übertragen werden müssen, ist die Emittentin berechtigt, nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) anzupassen oder gemäß Absatz (8) zu kündigen.

Falls die Notierung oder sonstige Einbeziehung der Referenzaktien an der Maßgeblichen Börse eingestellt wird, eine Notierung oder Einbeziehung jedoch an einer anderen Börse besteht oder aufgenommen wird, ist die Berechnungsstelle ferner berechtigt, eine andere Börse oder ein anderes Handelssystem für die Referenzaktien als neue Maßgebliche Börse („**Ersatzbörse**“) zu bestimmen und dadurch ihr gegebenenfalls notwendig erscheinende Anpassungen nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) vorzunehmen. Im Fall einer solchen Ersetzung gilt jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Maßgebliche Börse fortan als Bezugnahme auf die Ersatzbörse.

Sollte (i) die Maßgebliche Terminbörse bei den auf die Referenzaktie gehandelten Options- oder Terminkontrakten eine Anpassung vornehmen bzw. eine solche Anpassung ankündigen oder (ii) die Maßgebliche Terminbörse den Handel von Options- oder Terminkontrakten bezogen auf die Referenzaktie einstellen oder (iii) die Maßgebliche Terminbörse die vorzeitige Abrechnung auf gehandelte Options- oder Terminkontrakte bezogen auf die Referenzaktie vornehmen bzw. ein solches Ereignis ankündigen, ist die Berechnungsstelle berechtigt, eine neue Maßgebliche Terminbörse („**Ersatzterminbörse**“) zu bestimmen und dadurch gegebenenfalls notwendig erscheinende Anpassungen nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) vorzunehmen oder die Optionsscheine gemäß Absatz (8) zu kündigen. Im Fall einer solchen Ersetzung gilt jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Maßgebliche Terminbörse fortan als Bezugnahme auf die Ersatzterminbörse.

- (3) Im Fall (i) einer Konsolidierung, Verschmelzung, eines Zusammenschlusses oder eines verbindlichen Aktientauschs der Gesellschaft der Referenzaktie mit einer anderen Person oder Gesellschaft, (ii) einer Übertragung der Referenzaktie oder einer Verpflichtung zu einer solchen Übertragung an eine andere Gesellschaft oder Person oder (iii) einer Übernahme der Referenzaktie insgesamt oder zum Teil durch eine andere Gesellschaft oder Person bzw. wenn eine andere Gesellschaft oder Person das Recht hat, die Referenzaktie insgesamt oder zum Teil zu erhalten („**Zusammenschluss**“), nimmt die Berechnungsstelle etwaige Anpassungen nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) vor. Ferner ist sie berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, statt der Referenzaktie eine Ersatzreferenzaktie (Absatz (6)) zu bestimmen. Dabei ist die Berechnungsstelle berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die Vorgehensweise einer Börse, an der Optionen auf die Referenzaktie gehandelt werden, für die Anpassung als Richtlinie zu verwenden. Gibt es bei dem Zusammenschluss einen Rechtsnachfolger, eine übernehmende Einheit oder jemanden, der sich zu einer Übernahme verpflichtet („**Erwerber**“), wird in der Regel die Referenzaktie durch die Aktien des Erwerbers als Ersatzreferenzaktie ersetzt.
- (4) Sollte die Gesellschaft der Referenzaktie Gegenstand einer Spaltung oder einer ähnlichen Maßnahme sein, die nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle einen verwässernden oder werterhöhenden Einfluss auf den theoretischen Wert der Referenzaktie der Gesellschaft hat und sollten den Gesellschaftern der Gesellschaft oder der Gesellschaft selbst dadurch Gesellschaftsanteile oder andere Werte an einer oder mehreren anderen Gesellschaften oder sonstige Werte, Vermögensgegenstände oder Rechte zustehen, ist die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) berechtigt, die bisherigen Referenzaktien der Gesellschaft, die Gegenstand einer Spaltung oder ähnlichen Maßnahmen ist bzw. sind, zu ersetzen. Die Ersetzung kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass die Berechnungsstelle eine Ersatzreferenzaktie oder einen Korb Ersatzreferenzaktien bestimmt. Soweit die Berechnungsstelle einen Korb Ersatzreferenzaktien bestimmt, wird die Berechnungsstelle den Anteil für jede Ersatzreferenzaktie festlegen, mit dem sie in dem Korb gewichtet wird. Der Korb Ersatzreferenzaktien kann auch die bisherigen Referenzaktien umfassen. Bei der Ausübung des billigen Ermessens (§ 315 BGB) wird die Berechnungsstelle insbesondere die Liquidität der betroffenen Werte berücksichtigen. Die Berechnungsstelle ist berechtigt, die Vorgehensweise einer Börse, an der Optionen auf die Referenzaktien gehandelt werden, für die Anpassung als Richtlinie zu verwenden. Die Berechnungsstelle ist ferner berechtigt, weitere oder andere Anpassungen vorzunehmen, die ihr nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) wirtschaftlich angemessen erscheinen. Die vorgenannte Regelung gilt entsprechend für die Ersatzreferenzaktie bzw. den Korb Ersatzreferenzaktien.
- (5) Bei anderen als den in den Absätzen (1) bis (4) bezeichneten Ereignissen, die nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) der Berechnungsstelle eine Anpassung als angemessen erscheinen lassen, wird die Berechnungsstelle eine Anpassung nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) vornehmen.
- (6) Werden aufgrund der Bestimmungen dieses § 6 die Referenzaktie durch eine Ersatzreferenzaktie ersetzt („**Ersatzreferenzaktie**“), so bestimmt die Berechnungsstelle die für die betreffende Ersatzreferenzaktie Maßgebliche Börse und Maßgebliche Terminbörse. Ab dem

von der Berechnungsstelle bestimmten Stichtag (Absatz (7)) gelten die zu ersetzenden Referenzaktien nicht mehr als Referenzaktien und die in § 1 Absatz (2) genannte Gesellschaft nicht mehr als Gesellschaft und die zu ersetzende Maßgebliche Börse bzw. Maßgebliche Terminbörse nicht mehr als Maßgebliche Börse bzw. Maßgebliche Terminbörse und gilt jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Referenzaktie fortan als Bezugnahme auf die Ersatzreferenzaktie, jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Gesellschaft als Emittentin der Referenzaktie fortan als Bezugnahme auf die Gesellschaft, welche Emittentin der Ersatzreferenzaktie ist und jede in diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Maßgebliche Börse oder Maßgebliche Terminbörse als Bezugnahme auf die von der Berechnungsstelle neu bestimmte Maßgebliche Börse oder Maßgebliche Terminbörse.

- (7) Falls die Berechnungsstelle nach den vorstehenden Bestimmungen eine Anpassung vornimmt, bestimmt sie den maßgeblichen Stichtag („**Stichtag**“), an dem eine Anpassung wirksam wird, und veröffentlicht die Anpassung(en) und den Stichtag unverzüglich gemäß § 9.
- (8) Ist nach Ansicht der Berechnungsstelle eine sachgerechte Anpassung, wie in den Absätzen (1) bis (5) beschrieben, nicht möglich oder ist eine Absicherungsstörung (Absatz (10)) eingetreten oder ist als Anpassung die Kündigung nach diesem Absatz (8) vorgesehen, ist die Emittentin berechtigt, die Optionsscheine vorzeitig durch Veröffentlichung gemäß § 9 unter Angabe des nachstehend definierten Kündigungsbetrages zu kündigen. Die Kündigung wird wirksam mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung gemäß § 9. Im Falle einer Kündigung erhalten die Gläubiger einen Betrag („**Kündigungsbetrag**“), der von der Berechnungsstelle als angemessener Marktpreis für die Optionsscheine am Tag des Wirksamwerdens der Kündigung festgelegt wird. Der Kündigungsbetrag wird fünf Bankarbeitstage nach der Veröffentlichung zur Zahlung fällig.
- (9) Legt die Berechnungsstelle im Rahmen ihrer Berechnungen einen von der Maßgeblichen Börse veröffentlichten Kurs zugrunde und wird dieser von der Maßgeblichen Börse nachträglich berichtigt und der berichtigte Kurs des Basiswertes innerhalb von zwei Börsenhandelstagen nach der Veröffentlichung des ursprünglichen Kurses bekannt gegeben, erfolgt eine Neuberechnung auf der Grundlage des berichtigten Kurses. Die Neuberechnung kann gegebenenfalls zu einer Änderung des Auszahlungsbetrages oder des Kündigungsbetrages und/oder des Fälligkeitstages führen. Änderungen wird die Berechnungsstelle gemäß § 9 veröffentlichen und dem Gläubiger mitteilen, welche Geldbeträge der Gläubiger von der Emittentin noch erhält bzw. an diese erstatten muss. Veröffentlichungen von Berichtigungen außerhalb der oben genannten Frist bleiben unberücksichtigt.
- (10) Sollte bezüglich der Referenzaktie eine Absicherungsstörung vorliegen, ist die Emittentin berechtigt, nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) anzupassen oder gemäß Absatz (8) zu kündigen.

Eine „**Absicherungsstörung**“ liegt vor, wenn

- (a) die Emittentin feststellt, dass (i) aufgrund der am oder nach dem Ausgabebetrag erfolgten Verabschiedung oder Änderung von anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen (u. a. Steuergesetzen) oder (ii) aufgrund der am oder nach dem Ausgabebetrag erfolgten Verkündung oder der Änderung der Auslegung von anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen durch die zuständigen Gerichte, Schiedsstellen oder Aufsichtsbehörden (einschließlich Maßnahmen von Steuerbehörden), (A) es für sie rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist oder werden wird, die Referenzaktien direkt oder indirekt zu halten, zu erwerben oder zu veräußern oder (B) ihr wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Optionsscheinen und/oder verbundener Absicherungsmaßnahmen (beispielsweise aufgrund einer erhöhten Steuerpflicht, geringerer Steuervorteile oder anderer negativer Auswirkungen auf die Steuersituation der Emittentin) entstanden sind oder entstehen werden; oder
- (b) die Emittentin feststellt, dass sie auch nach Aufwendung wirtschaftlich zumutbarer Bemühungen nicht in der Lage ist, (A) ein(e) bzw. mehrere Geschäft(e), Transaktion(en) oder Anlage(n) zu erwerben, abzuschließen, erneut abzuschließen, zu ersetzen, beizubehalten, aufzulösen oder zu veräußern, die die Emittentin als notwendig erachtet, um ihr Risiko der Übernahme und Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Optionsscheinen abzusichern oder (B) die Erlöse dieser Maßnahme(n), Transaktion(en) oder Anlage(n) zu realisieren, wiederzugewinnen oder zu transferieren; oder
- (c) die Emittentin feststellt, dass ihr wesentlich höhere Steuern, Abgaben, Aufwendungen oder Gebühren (jedoch keine Maklerprovisionen) entstanden sind oder entstehen werden, um (A) ein(e) bzw. mehrere Geschäft(e), Transaktion(en) oder Anlage(n) zu erwerben, abzuschließen bzw. erneut abzuschließen, zu ersetzen, beizubehalten, aufzulösen oder zu veräußern, die die Emittentin als notwendig erachtet, um ihr Risiko der Übernahme und Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Optionsscheinen abzusichern oder (B) die Erlöse dieser Maßnahme(n), Transaktion(en) oder Anlage(n) zu realisieren, wiederzugewinnen oder zu transferieren.

§ 7

Ersetzung der Emittentin

- (1) Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Gläubiger eine andere Gesellschaft („**Neue Emittentin**“) als Hauptschuldnerin für alle Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit diesen Optionsscheinen an die Stelle der Emittentin zu setzen. Voraussetzung dafür ist, dass:
- (a) die Neue Emittentin sämtliche sich aus und im Zusammenhang mit diesen Optionsscheinen ergebenden Verpflichtungen erfüllen kann und insbesondere die hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen in Euro an den Verwahrer transferieren kann, und
 - (b) die Neue Emittentin alle etwa notwendigen Genehmigungen der Behörden des Landes, in dem sie ihren Sitz hat, erhalten hat, und
 - (c) die Neue Emittentin in geeigneter Form nachweist, dass sie alle Beträge, die zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus oder in Zusammenhang mit diesen Optionsscheinen erforderlich sind, ohne die Notwendigkeit einer Einbehaltung von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle an den Verwahrer transferieren darf, und
 - (d) die Emittentin entweder unbedingt und unwiderruflich die Verpflichtungen der Neuen Emittentin aus diesen Bedingungen garantiert (für diesen Fall „**Garantin**“ genannt) oder die Neue Emittentin in der Weise bzw. in dem Umfang Sicherheit leistet, dass jederzeit die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Optionsscheinen gewährleistet ist, und
 - (e) die Forderungen der Gläubiger aus diesen Optionsscheinen gegen die Neue Emittentin den gleichen Status besitzen wie gegenüber der Emittentin.
- (2) Eine solche Ersetzung der Emittentin ist gemäß § 9 zu veröffentlichen.
- (3) Im Falle einer solchen Ersetzung der Emittentin gilt jede Nennung der Emittentin in diesen Bedingungen, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als auf die Neue Emittentin bezogen.
- (4) Nach Ersetzung der Emittentin durch die Neue Emittentin gilt dieser § 7 erneut.

§ 8

Erlöschen des Optionsrechts

Falls es in Zukunft der Emittentin aufgrund eines Gesetzes, einer Verordnung oder behördlicher Maßnahmen oder aus irgendeinem ähnlichen Grund rechtlich unmöglich wird, ihre Verpflichtungen aus den Optionsscheinen zu erfüllen, erlischt das Optionsrecht.

§ 9

Veröffentlichungen

Alle die Optionsscheine betreffenden Veröffentlichungen werden - soweit dies gesetzlich vorgeschrieben ist - im elektronischen Bundesanzeiger und/oder in einer Wirtschafts- oder Tageszeitung, die in den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums erscheint, in denen das öffentliche Angebot unterbreitet oder die Zulassung zum Handel angestrebt wird, veröffentlicht. In allen anderen Fällen erfolgt die Veröffentlichung auf der Internetseite der Emittentin www.eniteo.de. Jede Veröffentlichung gilt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem Tag der ersten Veröffentlichung) als wirksam erfolgt. Ausgenommen davon ist das Eintreten des Knock-out-Ereignisses gemäß § 2.

§ 10

Verschiedenes

- (1) Form und Inhalt der Optionsscheine sowie alle Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

- (2) Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.
- (3) Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus den in diesen Bedingungen geregelten Angelegenheiten ist Frankfurt am Main für Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliche Sondervermögen und Personen ohne allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Bedingungen offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler ohne Zustimmung der Gläubiger zu ändern bzw. zu ergänzen. Änderungen bzw. Ergänzungen dieser Bedingungen werden unverzüglich gemäß § 9 dieser Bedingungen veröffentlicht.

§ 11

Berechnungsstelle

- (1) „**Berechnungsstelle**“ ist die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Platz der Republik, 60265 Frankfurt am Main, die diese Funktion in Übereinstimmung mit diesen Bedingungen übernommen hat. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit die Berechnungsstelle durch ein anderes Kreditinstitut, das seine Hauptniederlassung oder eine Zweigniederlassung in der Bundesrepublik Deutschland unterhält, zu ersetzen, eine oder mehrere zusätzliche Berechnungsstelle(n) zu bestellen und deren Bestellung zu widerrufen. Ersetzung, Bestellung und Widerruf werden unverzüglich gemäß § 9 veröffentlicht.
- (2) Die Berechnungsstelle ist berechtigt, jederzeit ihr Amt als Berechnungsstelle niederzulegen. Die Niederlegung wird nur wirksam mit der Bestellung eines anderen Kreditinstituts, das seine Hauptniederlassung oder eine Zweigniederlassung in der Bundesrepublik Deutschland unterhält, zur Berechnungsstelle durch die Emittentin. Niederlegung und Bestellung werden unverzüglich gemäß § 9 veröffentlicht.
- (3) Die Berechnungsstelle (es sei denn, es handelt sich um die Emittentin) handelt ausschließlich als Erfüllungsgehilfe der Emittentin und hat keinerlei Pflichten gegenüber den Gläubigern. Unbeschadet dessen haftet die Berechnungsstelle dafür, dass sie Erklärungen abgibt, nicht abgibt, entgegennimmt oder Handlungen vornimmt oder unterlässt nur, wenn und soweit sie dabei die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat. Die Emittentin in ihrer Funktion als Berechnungsstelle ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
- (4) Die Emittentin wird dafür Sorge tragen, dass für die gesamte Laufzeit der Optionsscheine jederzeit eine Berechnungsstelle bestellt ist.
- (5) Feststellungen, Berechnungen oder sonstige Entscheidungen der Berechnungsstelle sind, sofern kein offensichtlicher Fehler vorliegt, für alle Beteiligten bindend.

§ 12

Status

Die Optionsscheine stellen unter sich gleichberechtigte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen gegenwärtigen oder künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, jedoch unbeschadet etwaiger aufgrund Gesetzes bevorzugter Verbindlichkeiten der Emittentin.

§ 13

Vorlegungsfrist, Verjährung

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Absatz (1) Satz 1 BGB für fällige Optionsscheine wird auf zehn Jahre abgekürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus den Optionsscheinen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre von dem Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an. Die Vorlegung der Optionsscheine erfolgt durch Übertragung der jeweiligen Miteigentumsanteile an der Globalurkunde auf das Konto der Emittentin beim Verwahrer.

§ 14

Salvatorische Klausel

Sollte eine der Bestimmungen dieser Bedingungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Eine durch die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer Bestimmung dieser Bedingungen etwa entstehende Lücke ist im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung unter Berücksichtigung der Interessen der Beteiligten sinngemäß auszufüllen.

Frankfurt am Main, 19. Juli 2010

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main